



148/2014

Kiel, 18. Dezember 2014

Zuwanderungsbeauftragter zum Internationalen Tag der Migranten: Licht und Schatten

Kiel (SHL) - **Der Zuwanderungsbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein Stefan Schmidt, der aufgrund seines ehrenamtlichen Engagements zu einem Empfang der Staatsministerin Aydan Özuguz (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration) nach Berlin eingeladen worden ist, zieht anlässlich des heutigen *Tages der Migranten der Vereinten Nationen* Bilanz für das zu Ende gehende Jahr.**

„Aus migrationspolitischer Sicht war der Beginn des Jahres 2014 dominiert von der Diskussion über die so genannte Armutswanderung. Die Parole *„Wer betrügt der fliegt“*, hat letztendlich dazu geführt, dass die Länder Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu so genannten sicheren Herkunftsländern im Sinne des Asylverfahrensgesetzes erklärt wurden - trotz der dort nachweislich stattfindenden Diskriminierung und Ausgrenzung von ethnischen Minderheiten“, kritisiert Schmidt heute in Kiel.

Das Jahr 2014 ende mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung, dessen Umsetzung im kommenden Jahr nach Einschätzung des Beauftragten zu mehr Möglichkeiten der unnötigen Inhaftierung von Ausländerinnen und Ausländern führen werde, wobei eine angestrebte Bleiberechtsregelung bei nachhaltiger Integration als Legitimation für die Verschärfung des Aufenthaltsrechtes erhalten muss.

„Im laufenden Jahr hat es halbherzige Verbesserungen gegeben hinsichtlich der Optionspflicht für junge Menschen, die in Deutschland geboren sind und durch Geburt die doppelte Staatsangehörigkeit haben sowie im Hinblick auf die Lockerung der Residenzpflicht und einen früheren Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt. Und: Es stehen kleinere Verbesserungen beim Asylbewerberleistungsgesetz an“, so Schmidt.

Auf Landesebene habe neben dem „Schließen“ der Abschiebehaftanstalt in Rendsburg, insbesondere die Aufnahmebedingungen und die Unterbringung von Asylsuchenden, die öffentliche Debatte geprägt.

Als helles Licht am Himmel der Migrations- und Flüchtlingspolitik betrachte Schmidt, das an etlichen Orten zutage tretende bürgerschaftliche Engagement von vielen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, die Flüchtlinge unterstützen sowie den Winterabschiebestopp der Landesregierung.

Als bedrohlichen Schatten empfinde er die leider auch in Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit dem Errichten von Asylbewerberunterkünften zutage tretende rassistische Hetze und den Zulauf, den die Montagsdemos der Pegida-Bewegung haben.